

Landesaktionsplan

Ressort:	Staatskanzlei (StK)
Referat:	Stabsstelle für Medienpolitik
überg. Ziel:	Barrierefreiheit sowie Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen ausbauen
Titel der Maßnahme:	Aufnahme von Inhalten der UN-BRK sowie des European Accessibility Act (EAA) in die deutsche Medienordnung.
Beschreibung:	<p>in normaler Sprache: Die Länder haben sich mit Protokollerklärung zum Medienstaatsvertrag verpflichtet, die Regelungen zur Barrierefreiheit in den Medien nachzubessern. Entsprechend den Vorgaben des Art. 21 der UN-BRK sowie der RL 2019/882 der EU (European Accessibility Act) soll durch den Ausbau barrierefreier Medienangebote allen Menschen die Teilhabe am medialen Diskurs ermöglicht werden. Die Umsetzung soll in einem Medienänderungsstaatsvertrag erfolgen, in dem auch die barrierefreie Gestaltung von Notfallinformationen geregelt wird.</p> <p>in Leichter Sprache: Diese Maßnahme gehört zum Ziel: Hindernisse abbauen Das wollen wir als Staats-kanzlei machen: Es gibt Regeln für barrierefreie Medien. In den Regeln steht: Alle Menschen haben das Recht auf verständliche Infos. Und die Menschen sollen die Infos in vielen Medien finden können. Zum Beispiel in der Zeitung oder Radio. Im Fernsehen oder im Internet. Die Regeln gelten für alle Menschen. In Deutschland stehen die Regeln für barrierefreie Medien im Medien-staats-vertrag. Die Landes-regierung möchte die Regeln noch besser machen. Sie möchte mehr barrierefreie Angebote schaffen. Zum Beispiel: • Hör-beiträge für blinde Menschen. • Infos in Gebärden-sprache • Oder Infos in Leichter Sprache Notfall-Infos sind besonders wichtig. Im Notfall müssen alle die Infos verstehen können. Zum Beispiel Infos über Feuer. Oder Infos über Hoch-wasser.</p>
Zeitraumen:	ab 2022 bis 2023
Umsetzungsstand:	bitte ausfüllen
Handlungsfelder:	10: Barrierefreie Kommunikation und Information
Ziel/Maßnahme:	Z 3 M 8
Status:	abgeschlossen
Änderungsdatum:	03.04.2024 - 14:57 Uhr

Stand: 03.04.2026